

NIEDERSCHRIFT Rat/0033/2019

über die Sitzung des Rates der Stadt Billerbeck am 04.04.2019 im Sitzungssaal des Rathauses.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ratsmitglieder:

Frau Heike Ahlers
Herr Matthias Ahlers
Herr Karl-Heinz Brockamp
Herr Bernd Kösters
Herr Marco Lennertz
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Peter Rose
Herr Thomas Schulze Tem-
ming
Herr Franz-Josef Schulze
Thier
Frau Birgit Schulze Wierling
Herr Werner Wiesmann
Frau Sarah Bosse
Herr Dieter Brall
Herr Winfried Heymanns
Frau Margarete Köhler
Herr Carsten Rampe
Herr Thomas Tauber
Herr Thomas Walbaum
Herr Ralf Flüchter
Frau Maggie Rawe
Herr Ulrich Schlieker
Herr Dr. Rolf Sommer
Herr Hans-Günther Wilkens
Herr Frank Wieland

Entschuldigt fehlt:

Herr Helmut Geuking

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing
Frau Marion Lammers
Herr Martin Struffert
Herr Gerd Mollenhauer
Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:00 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

- 1. Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**
Herr Messing berichtet über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse. Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

- 2. Entwurf des Jahresabschlusses 2018 der Stadt Billerbeck**

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Der Entwurf des Jahresabschlusses 2018 einschließlich Anlagen wird dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung zugeleitet, sobald der Entwurf von der Kämmerin aufgestellt und durch die Bürgermeisterin bestätigt wurde. Den Ratsmitgliedern wird der Entwurf des Jahresabschlusses 2018 auf Wunsch auf dem Postweg, ansonsten per e-Mail zugeleitet.

Stimmabgabe: einstimmig

- 3. 5. Änderung des Bebauungsplanes "Gewerbegebiet Friethöfer Kamp"**
hier: Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen und Satzungsbeschluss

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses an und fasst folgenden

Beschluss:

- Gem. § 8 Abs. 2 BauGB wird festgestellt, dass die 5. Änderung des Bebauungsplanes „Gewerbegebiet Friethöfer Kamp“ aus dem Flächennutzungsplan entwickelt worden ist.
- Der Rat der Stadt Billerbeck beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie der §§ 7 und 41 GO NRW unter Abwägung aller öffentlichen und privaten Belange nach § 1 Abs. 7 BauGB die 5. Änderung des Bebauungsplanes
“Gewerbegebiet Friethöfer Kamp“ als Satzung. Diese besteht aus der Änderung der textlichen Festsetzung sowie der Begründung.

3. Gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist ortsüblich bekannt zu machen, dass die 5. Änderung des Bebauungsplanes „Gewerbegebiet Friethöfer Kamp“ beschlossen worden ist.

Rechtsgrundlagen sind:

- Das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) in der zurzeit geltenden Fassung
- Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666/SGV NRW 2023) in der zurzeit geltenden Fassung
- Die Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) vom 21. Juli 2018 (GV. NRW S. 411) in der zurzeit geltenden Fassung

Stimmabgabe: einstimmig

4. **4. Änderung des Bebauungsplanes "Darfelder Straße"**
hier: Aufstellungsbeschluss und Durchführung des Beteiligungsverfahrens

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses an und fasst folgenden

Beschluss:

1. Für das Plangebiet, welches im Geltungsbereich des rechtsgültigen Bebauungsplanes „Darfelder Straße“ liegt, wird die Aufstellung der 4. Änderung des Bebauungsplanes „Darfelder Straße“ beschlossen. Der Planbereich befindet sich in der Gemarkung Billerbeck-Stadt, Flur 11, im Umfeld des nordwestlichen Teils der Industriestraße und umfasst die Flurstücke 10, 11, 132, 145, 270 tlw., 279, 280, 550 und 551.
2. Die Änderung wird im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB durchgeführt. Nach § 13 Abs. 3 BauGB wird demnach auf die Umweltprüfung und den Umweltbericht verzichtet.
3. Auf eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB wird nach § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB verzichtet.
4. Der Entwurf der 4. Änderung des Bebauungsplanes „Darfelder Straße“ und der Entwurf der Begründung werden gebilligt.
5. Nach § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 BauGB wird die Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB durchgeführt und die berührten Träger öffentlicher Belange werden nach § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt.

Stimmabgabe: einstimmig

5. **2. Änderung des Bebauungsplanes "Osterwicker Straße"**
hier: Aufstellungsbeschluss und Durchführung des Beteiligungsverfahrens

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses an und fasst folgenden

Beschluss:

1. Für das Plangebiet, welches einen Teil des Bebauungsplangebietes „Osterwicker Straße“ umfasst, wird die Aufstellung der 2. Änderung beschlossen.

Der Änderungsbereich umfasst die Grundstücke Gemarkung Billerbeck-Stadt, Flur 7, Flurstücke 232 und 60 tlw.

2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.
3. Die Änderung wird im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführt. Nach § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB wird in Verbindung mit § 13 Abs. 3 BauGB auf die Umweltprüfung und den Umweltbericht verzichtet.
4. Auf eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB wird gem. § 13a Abs. 2 Nr. 1 in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB verzichtet.
5. Der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes „Osterwicker Straße“ und der Entwurf der Begründung werden gebilligt.
6. Nach § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 BauGB wird die Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB durchgeführt und die berührten Träger öffentlicher Belange werden nach § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt.

Stimmabgabe: einstimmig

6. **Entscheidung über die Schaffung weiterer Kita-Plätze**

Frau Dirks verweist auf die Vorberatung im Ausschuss für Generationen und Kultur.

Herr Lennertz schlägt vor, den Beschlussvorschlag um folgenden dritten Punkt zu ergänzen:

„Parallel zur Machbarkeitsstudie wird eine Arbeitsgruppe aus allen Parteien, Fraktionen und der Verwaltung gebildet, um mögliche alternative Standorte herauszuarbeiten. Die Lösungsansätze werden in einem vorzuziehenden Ausschuss vorgestellt und abschließend beraten.“

Zur Begründung führt er an, dass bei einem so wichtigen Thema alle im Rat vertretenen Parteien gleichermaßen beteiligt werden sollten. Die Arbeitsgruppe sollte alle möglichen Standorte noch einmal systematisch durchgehen. Ziel sei es, einen Beschluss zu fassen, der auf breiten Schultern ruhe.

Herr Tauber vertritt die Auffassung, dass man eigentlich schon eine Arbeitskreis-Lösung habe, nämlich die Ausschüsse. Der zuständige Ausschuss habe bereits einen mehrheitlichen Beschlussvorschlag gefasst, deshalb sehe er die Notwendigkeit zur Bildung einer Arbeitsgruppe nicht; zumal im Ausschuss sachkundige Bürger vertreten seien, die er nicht außen vor lassen wolle. Im Übrigen habe der Ausschuss vorgeschlagen, vorab eine Machbarkeitsstudie und ein Verkehrskonzept zu erstellen, um zu sehen, ob es ein K.-o.-Kriterium für den Standort gebe. Erst dann wolle er in die Diskussion einsteigen, ob es sich um den richtigen Standort handele.

Frau Rawe begrüßt den Vorschlag der CDU-Fraktion. Es wäre gut, wenn sich alle im Rat vertretenen Parteien noch einmal vor Ort mit den mögli-

chen Standorten beschäftigen. Sie habe nicht das Gefühl den Ausschuss damit zu beschneiden.

Frau Dirks plädiert ebenfalls für die Arbeitsgruppe und schlägt vor, zeitnah einen Termin zu finden, damit man weiterkomme. Parallel dazu sollte aber die Machbarkeitsstudie und das Verkehrskonzept für den Standort an der Ludgerischule erstellt werden, um zu sehen, ob der Standort überhaupt in Frage komme.

Frau Bosse merkt an, dass bei den weiteren Überlegungen bei allen Standorten auch die Verkehrsproblematik in den Blick genommen werden müsse.

Herr Wieland begrüßt die Bildung einer Arbeitsgruppe, weil er einen gemeinschaftlich getragenen Beschluss bei diesem Thema für wichtig halte.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Vorlage vorgetragenen Gedanken zur Errichtung einer Kita mit fünf Gruppen im neuen Baugebiet Buschenkamp weiterzuentwickeln. Für die Kita im Baugebiet Buschenkamp wird die Umsetzung des Projektes über einen Investor angestrebt.

Stimmabgabe: einstimmig

2.

Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Vorlage vorgetragenen Gedanken zur Entwicklung einer Kita mit drei Gruppen am Ludgerischulgebäude weiterzuentwickeln. Vorab ist eine Machbarkeitsstudie und ein Verkehrskonzept zu entwickeln und dem Ausschuss vorzustellen. Die Kita am Ludgerischulgebäude soll durch die Stadt errichtet werden.

<u>Stimmabgabe:</u>	Ja	Nein	Enthaltung
CDU Fraktion	12		
SPD Fraktion	7		
Bündnis90/Die Grünen	2	3	
Sonstige		1	
Bürgermeisterin	1		

3.

Parallel zur Machbarkeitsstudie wird eine Arbeitsgruppe aus allen Parteien, Fraktionen und der Verwaltung gebildet, um mögliche alternative Standorte herauszuarbeiten. Die Lösungsansätze werden in einem vorzuziehenden Ausschuss vorgestellt und abschließend beraten.

<u>Stimmabgabe:</u>	Ja	Nein	Enthaltung
----------------------------	-----------	-------------	-------------------

CDU Fraktion	12		
SPD Fraktion	5	1	1
Bündnis90/Die Grünen	5		
Sonstige	1		
Bürgermeisterin	1		

**7. Antrag der SPD Fraktion vom 28.11.2019
hier: Schaffung einer Stelle eines Inklusionsbeauftragten bei der Stadt Billerbeck**

Herr Walbaum erklärt, dass die SPD-Fraktion anerkenne, dass die Stadt Billerbeck in den vergangenen Jahren viel Engagement und Kapital für Menschen mit Behinderungen aufgebracht habe. Dazu habe auch der Rat beigetragen. Der SPD-Antrag sei als Anregung für einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess zu verstehen. Der Vorschlag der Verwaltung, mit Unterstützung der LAG Selbsthilfe e. V. einen Workshop durchzuführen, werde von der SPD-Fraktion mitgetragen. Er wolle wissen, aus welchen Teilnehmern sich der Workshop zusammensetze.

Frau Dirks und Herr Messing teilen mit, dass die Besetzung noch mit der LAG besprochen werde, aber auf jeden Fall auch Politiker in dem Workshop vertreten sein müssten.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit Unterstützung der LAG Selbsthilfe e.V. einen Workshop, wie im Projekt „Mehr Partizipation wagen!“ beschrieben ist, durchzuführen und die Ergebnisse in diesem Ausschuss vorzustellen.

Stimmabgabe: einstimmig

**8. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.01.2019
hier: Installation von Wasserspendern in den Billerbecker Schulen**
Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Schul- und Sportausschusssitzung konkrete Preise und Details vorzulegen, um dann die Umsetzung des Projektes beschließen zu können, mit dem Ziel zum Einstieg mit Beginn des nächsten Schuljahres in der Mensa mit der Installation eines Wasserspenders zu beginnen.

Stimmabgabe: einstimmig

**9. Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 25.01.2019
hier: Beitritt zur Organisation "Mayors for Peace - Bürgermeister/innen für den Frieden"**

Herr Kämper begründet und erläutert die Bürgeranregung.

Frau Rawe unterstützt die Anregung und schlägt vor, den Beitritt direkt zu beschließen.

Herr Lennertz, Herr Rampe und Herr Wieland halten einen Beitritt zu der Organisation „Mayors for Peace – Bürgermeister/innen für den Frieden“ ebenfalls für sinnvoll.

Frau Dirks begrüßt die Anregung auch, merkt aber an, dass sie persönlich Probleme mit symbolischen Zeichen habe, die nicht in der Bevölkerung verankert sind. Sie würde den Beschluss zum Anlass nehmen, die Verbindung zu den Schulen herzustellen, damit diese die Thematik im Unterricht aufgreifen können.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Die Stadt Billerbeck tritt der Organisation „Mayors for Peace – Bürgermeister/innen für den Frieden“ bei.

Stimmabgabe: einstimmig

10. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.03.2019 hier: Bewirtschaftungskonzept für den Betrieb des Wohnmobilstellplatzes

Herr Schlieker begründet den Fraktionsantrag. Wichtig wäre ihm, dass auch der IBP gefragt werde, ob er Interesse an einem gemeinsamen Betrieb des Wohnmobilstellplatzes und Freibadkiosk habe.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.03.2019 wird an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

11. Mitteilungen

11.1. Anregung der Familien-Partei - Frau Dirks

Frau Dirks teilt zur Bürgeranregung von Herrn Geuking zwecks Beanstandung eines Beschlusses des Ausschusses für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten mit, dass die rechtliche Überprüfung der Kanzlei Baumeister ergeben habe, dass der Beschluss betreffend die naturnahe Entwicklung der Berkelquelle nicht rechtswidrig ist und daher nicht beanstandet werden muss.

Die Stellungnahme der Kanzlei Baumeister wird der Niederschrift als **Anlage 1 im Ratsinformationssystem** beigefügt.

11.2. Sitzungskalender - Herr Messing

Herr Messing verweist auf den allen Ratsmitgliedern vorliegenden geänderten Sitzungskalender.

12. Anfragen

12.1. Feier aus Anlass des Jubiläums der kommunalen Neugliederung in NRW - Herr Schlieker

Herr Schlieker erinnert an die Fusion von Kirchspiel und Beerlage mit der Stadt Billerbeck vor 50 Jahren und schlägt vor, dieses herausragende Ereignis im Rahmen eines Bürgerfestes zu feiern. Er fragt nach, ob die Verwaltung bereit wäre, ein solches Fest zu organisieren.

Frau Dirks weist darauf hin, dass sie bereits angekündigt habe, diesen Termin gemeinsam mit der Eröffnung der Stadtaula am 2. Juni zu feiern. Bei diesem Fest würden alle Chöre der Stadt, darunter auch der Aulendorfer Gesangverein, zusammen singen. Auch ehemalige Ratsmitglieder würden hierzu eingeladen. Ebenfalls werde die zuständige Ministerin, Frau Scharrenbach an dem Tag zu Gast sein und zu dem Thema sprechen.

Herr Schlieker merkt an, dass ihm die Ankündigung des Festes nicht mehr bewusst gewesen sei, er habe verhindern wollen, dass das Jubiläum sang- und klanglos vorüber gehe.

12.2. Liveschaltung zu den Partnerstädten am Tag der Europa-Wahl - Frau Rawe

Frau Rawe fragt an, ob am Tag der Europa-Wahl eine Liveschaltung zu den Partnerstädten Erquinghem-Lys und Lecava stattfinden könne, um zu sehen wie dort gewählt wurde.

Frau Dirks erinnert an die gleiche von Frau Caluori in der letzten Sitzung des Ausschusses für Generationen und Kultur vorgebrachte Anregung. Sie begrüße die Idee und werde diese mit den Kollegen in Frankreich und Lettland besprechen.

12.3. Shuttle-Bus zwischen dem Bahnhof Billerbeck und der Kolvenburg -

Frau Rawe

Frau Rawe führt aus, dass sie in einem Presseartikel über einen autonomen Shuttle-Bus in Billerbeck, der vom Bahnhof zur Kolvenburg fahren soll, gelesen habe. Sie bitte die Verwaltung um nähere Informationen.

Frau Dirks erläutert, dass bei einem Workshop des Kreises Coesfeld zum Thema „Mobiles Münsterland“ vorgestellt worden sei, dass der Kreis die Strecke zwischen der Burg Vischering und dem Bahnhof Lüdinghausen testen wolle. Daraufhin habe sie spontan gesagt, dass sie in Billerbeck auch eine Strecke testen wolle. Auf die Frage des Kreises an welche Strecke sie denke, habe sie gesagt, dass auf Dauer alle Bahnhöfe mit den Innenstädten verbunden werden müssten. Seitens des Kreises sei dann nachgefragt worden, ob sich als Alternative die Strecke zwischen Bahnhof und Schulzentrum/Kolvenburg eignen würde. Weitere Informationen lägen ihr aber bislang nicht vor.

12.4. Gehölzschnitt im Bereich der Oberlau-Brücke - Herr Dr. Meyring

Herr Dr. Meyring erinnert an seine Anfrage in der letzten Ratssitzung bzgl. des starken Rückschnittes im Bereich der Brücke zum Wohngebiet Oberlau. Der Abraum sei zwar zwischen dem Aldi-Markt und den Bahngleisen abgelagert worden, aber die Fläche selbst sei nicht sauber geräumt worden. Herr Dr. Meyring erkundigt sich, ob dort noch nachgearbeitet werde.

Herr Mollenhauer sagt Überprüfung zu.

12.5. Windkraftanlagen im Bereich Kentrup - Herr Kösters

Auf Nachfrage von Herrn Kösters, ob im Bereich Kentrup Windkraftanlagen errichtet würden, wird verwaltungsseitig mitgeteilt, dass hierüber keine Informationen vorlägen.

12.6. Verkehrssituation "An der Kolvenburg" - Frau Schulze Wierling

Frau Schulze Wierling erkundigt sich, ob der gewünschte Erfolg nach der von der Schülervvertretung der Geschwister-Eichenwald-Schule in Kooperation mit der Polizei durchgeführten Aktion zur Eindämmung des Verkehrsaufkommens auf der Straße „An der Kolvenburg“ eingetreten sei.

Frau Dirks und Herr Messing erläutern, dass in absehbarer Zeit die Planungen zum Ausbau der Straße „An der Kolvenburg“ vorgestellt werden. Mit der Schule sei man im Austausch über die durchgeführte Schüleraktion. Der Bezirksdienst habe zugesichert, dass er weiter dort kontrollieren wolle.

12.7. Ausbau der Straße "An der Kolvenburg" - Herr Brall

Herr Brall erkundigt sich nach dem Sachstand zur Ausbauplanung der Straße „An der Kolvenburg“.

Frau Dirks teilt mit, dass gerade ein Vorplanungsentwurf intern besprochen wurde. In der nächsten Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses werde der Ausbauplan vorgestellt.

13. Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck

Es werden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann
Schriftführerin